Delegiertenversammlung des Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Baden-Württemberg am 25.11.2024 in Stuttgart. Rede des DEHOGA-Landesvorsitzenden Fritz Engelhardt. Es gilt das gesprochene Wort.

Verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die „Ampel“ ist Geschichte. Die Schäden und Probleme aber, die dieses Regierungsbündnis hinterlässt, bestimmen unsere Gegenwart in Gastronomie und Hotellerie: sinkende Umsätze, steigende Sozialabgaben, wuchernde Bürokratie und ökonomische Abstiegsängste – nicht nur in unserer Branche, sondern in weiten Teilen von Wirtschaft und Gesellschaft. Eine wahrlich triste Bilanz.

Doch der Blick zurück im Zorn führt uns nicht weiter. Wir blicken heute nach vorn auf die Bundestagswahl am 23. Februar, mit der wir große Hoffnungen verbinden. Denn vom Ergebnis dieser Wahl hängt es ab, ob wir in Deutschland eine realistische Chance haben, die dringend benötigte Trendwende schaffen.

Die Wende von einer Politik der Gängelung und Überregulierung hin zu einer Politik, die Unternehmertum wieder wertschätzt und fördert.

Wir brauchen Aufbruchstimmung in diesem Land! Und wir brauchen sie ganz dringend auch in unserer Branche. Denn die Lage im Gastgewerbe ist ernst:

In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres ist in Baden-Württemberg der Umsatz unserer Branche inflationsbereinigt um 4,5 Prozent gesunken. Für die Hotellerie weist die Statistik ein Minus 2,5 Prozent aus. Das ist nicht gut! Doch in der Gastronomie sieht es mit minus 5,7 Prozent noch deutlich schlechter aus.

Besonders beunruhigend ist, dass sich die Entwicklung im Jahresverlauf nicht verbessert, sondern immer weiter verschlechtert hat. Im Segment der klassischen Speisegastronomie – das sind die Betriebsarten *„Restaurants, Gaststätten, Cafés, Imbissstuben und Eisdielen“*– war der Umsatzrückgang im Mai mit minus 8,2 Prozent schon alarmierend, aber noch einstellig. Im September, dem neuesten vorliegenden Wert, lag das Umsatz-Minus schon bei 13,3 Prozent. Die Abwärtsspirale dreht sich.

In der Gastronomie unseres Landes herrscht Alarmstufe Rot. Viele Betriebe haben schon aufgegeben, andere stehen mit dem Rücken zur Wand.

Und den Hauptgrund für diese Misere kennen wir alle: die fatale Erhöhung der Gastro-Mehrwertsteuer auf Speisen von 7 auf 19 Prozent zum 1. Januar 2024.

Diese Fehlentscheidung hat die „Ampel"-Koalition kurz vor Jahreswechsel getroffen, nachdem sie mit ihrer Haushalts-Trickserei vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert war.

Es war eine Entscheidung gegen alle guten Argumente, gegen unsere eindringlichen Warnungen und gegen jede ökonomische Vernunft. Und jetzt treten die Schäden, die wir vorausgesagt hatten, in voller Härte ein. Denn die Umsatzverluste, von denen ich gesprochen habe, sind das Ergebnis schlechter Politik: Der Staat bremst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten durch höhere Steuern die Nachfrage, obwohl genau das Gegenteil richtig wäre.

Laut DEHOGA-Umfrage schaffen es nicht einmal 15 Prozent der Betriebe, die Preiserhöhungen, die aufgrund der höheren Steuer dringend notwendig wären, am Markt durchzusetzen. Der Rest zahlt drauf, streicht Investitionen, kürzt Öffnungszeiten oder schließt gleich ganz.

Wenn die nächste Bundesregierung diesen steuerpolitischen Irrweg nicht korrigiert, wird es für uns weiter abwärts gehen. Schon heute gibt es im Tourismusland Baden-Württemberg fast 4000 gastgewerbliche Betriebe weniger als 2019. Unter diesem Rückgang, der vor allem im ländlichen Raum spürbar wird, leidet die gesamte Tourismuswirtschaft.

Und das können wir uns auch im ökonomisch starken Baden-Württemberg nicht leisten. Denn Fakt ist: Die Parade-Branchen unserer einheimischen Wirtschaft, die Automobilindustrie und ihre Zulieferer, stecken voll im Transformationsprozess. Arbeitsplätze dort fallen weg.

Natürlich muss alles getan werden, um die Industrie bei uns zu halten.
Aber es wäre sicher auch sinnvoll für unser Land, sich ökonomisch breiter aufzustellen.

Die Tourismuswirtschaft zählt mit umgerechnet 374.000 Vollzeit-Arbeitsplätzen und fast 26 Milliarden Euro Brutto-Jahresumsatz schon heute zu den Leitökonomien in unserem Bundesland. Das Potenzial ist groß.

Doch ohne ein wirtschaftlich gesundes Gastgewerbe werden wir dieses Potenzial nicht nutzen können.

Ohne Gastronomie und Hotellerie läuft im Tourismus nichts! Dass wir im Gegensatz zu anderen Branchen Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern, die nicht ins Ausland verlagert werden können, sollte im Übrigen nicht vergessen werden.

Auch deshalb brauchen wir faire, günstige Rahmenbedingungen. Auch deshalb brauchen wir dauerhaft und einheitlich 7% Mehrwertsteuer für Speisen, meine Damen und Herren!

Lieber Herr Hagel,

der DEHOGA macht Branchenpolitik, keine Parteipolitik.

Wir sprechen mit allen demokratischen Parteien und wir haben nicht nur von der Union, sondern zum Beispiel auch von der FDP-Landtagsfraktion klare und glaubwürdige Unterstützung für unser wichtigstes Branchenanliegen erhalten.

Auch aus überparteilicher, wissenschaftlicher Sicht finden unsere Argumente immer mehr Zustimmung, ganz aktuell zum Beispiel vom renommierten Ökonomen Prof. Justus Haucap vom Institut für Wettbewerbsökonomie an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. Er empfiehlt eine dauerhaft reduzierte Gastro-Mehrwertsteuer als Beitrag zur dringend benötigten wirtschaftlichen Belebung in Deutschland.

Was uns Hoffnung macht: Auch aus der Politik gibt es starke Signale: Friedrich Merz, Spitzenkandidat der Unionsparteien bei Bundestagswahl, hat beim DEHOGA-Branchentag in Berlin am 12. November wörtlich erklärt: „Ich möchte, dass wir Nahrungsmittel einheitlich mit dem ermäßigten Steuersatz belegen.“ Es dürfe steuerlich keinen Unterschied machen, ob das Essen im Stehen, Liegen oder Sitzen verzehrt werde.

Gut gesprochen, Friedrich Merz! Doch den guten Worten müssen nach einem möglichen Wahlsieg auch Taten folgen.

In dieser Hinsicht sind wir von Spitzenpolitikern leider schon bitter enttäuscht worden. Unvergessen sind die Worte von Olaf Scholz, der im Wahlkampf vor laufenden Kameras zum Thema 7%-Gastro-Mehrwertsteuer erklärt hat: „Das schaffen wir nie wieder ab." Was nach der Wahl daraus wurde, wissen wir.

Lieber Herr Hagel, eine ähnliche Erfahrung mit der Union wäre fatal, denn es geht nicht nur um Parteien, sondern um das Vertrauen in die Politik insgesamt. Es geht um Verlässlichkeit, die brauchen wir in unserer Demokratie.

Auch Sie haben sich persönlich klar positioniert. Ihr Interview im DEHOGA Magazin, in dem Sie die Rückkehr zur reduzierten Gastro-Mehrwertsteuer fordern, ist bei unseren Mitgliedern sehr gut angekommen.

Bitte bleiben Sie verlässlich und fest bei dieser Position!

Und bitte setzen Sie sich als Vorsitzender des großen CDU-Landesverbandes Baden-Württemberg dafür ein, dass auch Friedrich Merz in Sachen 7% nach der Bundestagswahl klaren Kurs hält.

Die Devise, die Bayerns Ministerpräsident Söder für seine Partei, die CSU, ausgegeben hat, sollte für die Union insgesamt gelten: kein Koalitionsvertrag, mit wem auch immer, ohne eine klar vereinbarte, faire Mehrwertsteuer-Regelung für die Gastronomie!

Meine Damen und Herren, auch wenn die 7%-Mehrwertsteuer in der Gastronomie für unsere Branche eine überragende Bedeutung hat, gibt es natürlich eine ganze Reihe weiterer Themen, bei denen wir auf positive Entscheidungen nach der Bundestagswahl hoffen.

Vieles von dem, was wir als DEHOGA einfordern, kostet den Staat nicht einmal Geld. Politischer Mut würde genügen. Ich nenne hier nur eine Auswahl weniger, aber wichtiger Punkte.

Stichwort Arbeitszeitgesetz: Warum gilt in Deutschland immer noch eine starre Tages-Höchstarbeitszeit?

So etwas hat vielleicht ins Fließbandzeitalter gepasst. Es passt aber nicht in eine moderne Dienstleistungswirtschaft, in der Kunden und Gäste, also Menschen, den Takt bestimmen und nicht Maschinen. Wohlgemerkt: Es geht uns nur um Flexibilität. Niemand soll in der Summe mehr arbeiten. Keiner von uns will den Gesundheitsschutz und die Ruhezeiten antasten. Aber was anderswo in Europa möglich ist, nämlich eine Wochenarbeitszeit im Sinne der EU-Arbeitszeitrichtlinie, das muss nach der nächsten Bundestagswahl auch in Deutschland möglich werden, meine Damen und Herren.

Dass uns die grün-schwarze Landesregierung von Baden-Württemberg bei diesem Thema unterstützt, wissen wir im Übrigen sehr zu schätzen. Danke an Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut von der CDU für die entsprechenden Vorstöße im Bundesrat. Danke aber auch an die grüne Seite der Landesregierung, die das inhaltlich mitträgt.

Noch ein Thema, das es nach der Wahl zu regeln gilt: Arbeitskosten und Mindestlohn. Laut Statistischem Bundesamt haben sich die Arbeitskosten in unserer Branche zwischen 2022 und 2024 um 31,5 Prozent erhöht. Viele Betriebe sind am Limit ihrer Belastbarkeit.

Es ist für uns daher schwer erträglich, wenn Politiker wie der Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil von der SPD vor Wahlen zu Mindestlohn-Populisten werden und so tun, als gäbe es keine unabhängige Mindestlohn-Kommission.

Wer in der aktuellen Lage einfach mal so eine 15-Euro-Mindestlohnforderung raushaut, handelt verantwortungslos. Denn es geht dabei eben nicht nur um die unterste Lohngruppe. Jede Erhöhung des Mindestlohns hat steigernde Effekte quer durch die Lohnskala.

Viel sinnvoller als Mindestlohn-Populismus wäre es, sich kritisch mit dem Thema Lohnnebenkosten befassen.

Denn Fakt ist: Für 1561 Euro netto, die ein Mindestlohnempfänger aktuell pro Monat bekommt, fallen brutto rund 2600 Euro Kosten für den Arbeitgeber an. Über 1000 Euro fließen in öffentliche Kassen, das sind fast 6 Euro pro Soll-Arbeitsstunde.

Meine Damen und Herren, da läuft doch etwas gewaltig aus dem Ruder in Deutschland! Und die Antwort darauf kann doch nicht sein, einfach nur immer höhere Mindestlöhne zu fordern!

Wir, der DEHOGA, fordern ein Absenken der Arbeitskosten für Arbeitgeber und höhere Nettoeinkommen für Arbeitnehmer. Denn für uns ist klar: Leistung muss sich lohnen, wenn Deutschland wirtschaftlich wieder erfolgreich sein will! Das ist die Herausforderung!

Und weil wir überzeugt, dass Leistung sich lohnen muss, sagen wir auch klipp und klar: Das Bürgergeld in seiner jetzigen Form ist ein Irrweg, denn es nimmt Anreize zum Arbeiten. Das muss die künftige Bundesregierung korrigieren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren,
ich könnte noch viele Themen nennen, die uns unter den Nägeln brennen. Den dringend notwendigen Bürokratieabbau zum Beispiel.

Für uns ist klar: Wir brauchen in Deutschland weniger Misstrauen. Wir brauchen Mut zur Eigenverantwortung und mehr Freiraum für unsere Unternehmen.

Konkret heißt das:

- Keine Regulierung mehr über EU-Standards hinaus! Deutschland sollte wirtschaftliches Zugpferd in Europa sein, nicht Europameister der Bürokratie!
- Wir brauchen außerdem spürbare Entlastungen für Kleinbetriebe. Zum Beispiel durch Schwellenwerte, so dass bestimmte Vorschriften und Berichtspflichten erst ab 50 Mitarbeitern greifen.
- Und bitte: Schafft keine zusätzlichen Lasten mehr! Wir brauchen in der

aktuellen Lage weder ein „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“ noch eine verpflichtende Tierhaltungs- und Herkunftskennzeichnung für Fleisch auf Speisekarten. Und wir brauchen auch keine Rauchverbots-Verschärfung im Land.

Was stattdessen nötig wäre, ist echter Bürokratieabbau. Unsere Landesregierung hat in dieser Hinsicht mit ihrer Entlastungsallianz große Erwartungen geweckt. Und wir, der DEHOGA, haben geliefert: Über 20 konkrete Lösungsvorschläge liegen auf dem Tisch.
Doch noch ist nichts gewonnen. Wenn wir jetzt, in dieser Phase des Entscheidungsprozesses, das Feld den Bremsern und Bedenkenträgern überlassen, droht die versprochene Entbürokratisierung für das Gastgewerbe in unserem Bundesland zur kompletten Enttäuschung zu werden. So weit sollten wir es nicht kommen lassen! Jetzt braucht es den Mut der Politik. Den Mut zu echtem Bürokratieabbau in Baden-Württemberg.
Bitte unterstützen Sie uns bei diesem wichtigen Anliegen, lieber Herr Hagel!
Das gilt auch für andere wichtige landespolitische Themen: zum Beispiel für die Tourismusförderung und für die Förderung der dualen Berufsausbildung. Auch hier bitten wir um Ihre Unterstützung.

Weil wir aber kurz vor einer enorm wichtigen Bundestagswahl stehen, habe ich mich heute auf die bundespolitischen Themen konzentriert. Denn klar ist: Am 23. Februar geht es um viel – für unsere Branche, aber auch für ganz Deutschland.
Es geht um verlässliche Politik:

- um Politik, die unternehmerischen Mut belohnt,
- die die Wirtschaft nicht gängelt, sondern fördert
- und die erkennt, welches Potenzial in unserer Branche und in unseren Betrieben steckt.

Wir im Gastgewerbe stehen bereit. Wenn man uns lässt – wenn die Rahmenbedingungen stimmen und einigermaßen fair sind – können wir einen starken Beitrag leisten zum wirtschaftlichen Aufschwung unseres Landes.
Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Ihr gemeinsam im DEHOGA dafür

kämpft. Und danke an alle hier im Saal, die uns dabei unterstützen!

Vielen Dank.